



Nr. 20

23. Mai 2013

Inhalt

[dbb Chef zur Beamtenbesoldung: Föderalismusreform war Fehler und muss zurückgenommen werden](#) +++

[dbb Chef: Menschen müssen sich auf Zusagen für ihre Altersversorgung verlassen können](#) +++

[Trotz Vorbehalten gegen einzelne Regelungen:](#)

[dbb unterstützt Reform der Vorschriften für Dienst zu wechselnden Zeiten](#) +++

[Zusatzversorgung: dbb wertet Votum des Europäischen Parlaments als Etappensieg](#) +++

[Nahverkehr Berlin: Einigung für BVG und Berlin](#)

[Transport erreicht](#) +++

[Kothe und von Notz: Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Landesgewerkschaftstag des dbb hamburg bestätigt](#)

[Rudolf Klüver im Amt](#) +++

[dbb rheinland-pfalz strikt gegen weitere Einschnitte](#) +++

[BBW im Gespräch mit CDU-Landtagsfraktion zur Anpassung der Beamtenegehälter](#) +++

[DSTG-Chef fordert hartes Vorgehen gegen Steuersünder](#) +++

[VBB sieht „katastrophale Stimmung“ in der Bundeswehr](#) +++

[VAB: Reform wird die Bundeswehr nachhaltig beschädigen](#) +++

[Bundeswehrreform und Zoll: BDZ nennt de Maizière](#)

[„unzuverlässigen Partner“](#) +++

[DPoIG unterstützt Vorschlag zu Herabsetzung der Promillegrenze für Radfahrer](#) +++

[BSBD fordert begrenzte Polizeiaufgaben für Justizvollzugsbeamte](#) +++

[Tarifabschluss bei der Deutschen Postbank AG erzielt](#) +++

[DPhV-Chef Meidinger: Rückkehr zum neunjährigen](#)

[Gymnasium problemlos machbar](#) +++

[BDF: Nutzung des Waldes und Naturschutz schließen sich nicht aus](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

dbb Chef zur Beamtenbesoldung: Föderalismusreform war Fehler und muss zurückgenommen werden

(dbb) Der Bundesvorsitzende des dbb, Klaus Dauderstädt, hat vor einer neuen „Klassengesellschaft“ bei der Beamtenbesoldung in Deutschland gewarnt. „Jedes Bundesland macht bei der Besoldung seiner Beamten inzwischen, was es will. Die Einheitlichkeit der Bezahlung geht vollends verloren“, sagte Dauderstädt am 20. Mai 2013 der Nachrichtenagentur dpa in Berlin.

Im Gespräch mit dem WDR-Fernsehen verwies der dbb Chef am selben Tag darauf, dass die Lücke zwischen den Ländern bei der Bezahlung der Beamten inzwischen mehr als zehn Prozent betrage. „Kurzfristig fordern wir, dass die Länder das Tarifergebnis eins zu eins übernehmen“, sagte Dauderstädt mit Blick auf den Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vom März dieses Jahres. „Langfristig sagen wir, dass die Föderalismusreform von 2006 mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Besoldung auf die Länder ein Fehler war. Dieser Fehler muss rückgängig gemacht werden.“

Der dpa sagte Dauderstädt weiter, die Besoldungslücke könne für einen Junglehrer mit 3.200 Euro bis zu 400 Euro Unterschied im Monat bedeuten. „Abwerbe-Effekte liegen auf der Hand.“ Dies sei „Wettbewerbsföderalismus auf die schlechteste Art, als Wettbewerb um den knapper werdenden Nachwuchs und die besten Köpfe im öffentlichen Dienst. Die armen Länder werden den Kürzeren ziehen und mittelfristig dadurch sogar noch weiter geschwächt. Ein schlecht bezahlter öffentlicher Dienst verliert über kurz oder lang seine Leistungsfähigkeit.“
(01/20/13)

dbb Chef: Menschen müssen sich auf Zusagen für ihre Altersversorgung verlassen können

(dbb) Die Menschen in Deutschland müssen sich auf ihnen gegebene Zusagen ihre Altersversorgung betreffend verlassen können. „Diese Zusagen müssen eingehalten werden, egal ob es um Rentner geht oder um Versorgungsempfänger“, machte dbb Chef Klaus Dauderstädt in der ZDF-Sendung „Maybritt Illner“ (16. Mai 2013) deutlich.

Die Beamtenversorgung sei ein eigenständiges System und eine Vollversorgung – ohne Betriebsrenten und Zusatzversorgung, erläuterte der dbb Bundesvorsitzende in der Diskussionsrunde zum Thema „Zu wenig, zu spät, zu ungerecht – reicht die Rente morgen noch zum Leben?“. „Der Beamtenstatus gilt lebenslang.“ Das schließe eine kontinuierliche Besoldung ebenso ein wie die grundgesetzlich garantierte Versorgung. Mit Blick auf die Höhe der Pensionen verwies der dbb Chef darauf, dass drei Viertel aller Beamten über einen Hoch- oder Fachschulabschluss verfügen. Zudem gehe es zumeist um nicht unterbrochene Erwerbsbiografien: „Der Beamte dient lebenslang, dafür gibt ihm der Staat eine Versorgungsgarantie.“

25 Milliarden Euro seien bereits in Rücklagen für kommende Versorgungszahlungen ange-

sammelt worden, so Dauderstädt weiter. „Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die Beamten selbst durch Gehaltsverzicht maßgeblich an diesen Rückstellungen beteiligen.“ Dauderstädt warnte davor, den Beamtenstatus durch Neuregelungen in Besoldung und Versorgung grundsätzlich in Frage zu stellen. Der öffentliche Dienst könne von der Bezahlung her nicht mit der Wirtschaft konkurrieren. Schon heute gebe es in vielen Bereichen Personalengpässe, die sich mit den demografischen Veränderungen noch verschärfen würden. „Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat für einen funktionierenden Staat und ein Standortvorteil, der dazu beiträgt, Deutschland auch im internationalen Vergleich krisenfest zu halten. Das dürfen wir nicht gefährden.“
(02/20/13)

Trotz Vorbehalten gegen einzelne Regelungen: dbb unterstützt Reform der Vorschriften für Dienst zu wechselnden Zeiten

(dbb) Der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra hat den Verordnungsentwurf zur Änderung von Vorschriften für Dienst zu wechselnden Zeiten begrüßt. Benra sagte am 16. Mai 2013 nach einem Beteiligungsgespräch im Bundesinnenministerium: „Der vorgelegte Entwurf ist im Wesentlichen zu begrüßen, da er vielfach unsere Forderungen nach Verbesserungen im Bereich der Erschwerniszulagen-, Erholungsurlaubs- und der Arbeitszeitverordnung aufgreift. Hervorzuheben ist die beabsichtigte Ausrichtung an den tatsächlichen Belastungen, da damit den Beeinträchtigungen durch den Wechsel des Biorhythmus, aber auch durch die Anzahl der geleisteten Nachtdienststunden Rechnung getragen wird.“

Ausdrücklich positiv bewertete Benra zudem, dass die dbb-Forderung nach Streichung der in der Erschwerniszulagen-Verordnung enthaltenen Konkurrenzregelung entsprochen wurde. Damit entfällt die 25-prozentige Kürzung der Erschwerniszulage unter anderem für Zulage-Empfänger bei der Polizei. Kritisch sei jedoch etwa der Wegfall der sogenannten „kleinen Schichtzulage“ und die Kappung auf 135 übertragbare Nachtdienststunden, da durch Letztere verbleibende Spitzen ohne jeden Ausgleich verfallen.

Die wesentlichen Neuerungen im Überblick:

Einbeziehung flexibler Schichtdienste und vergleichbar belastender Dienste,

Ausrichtung des Ausgleichs an der tatsächlichen Belastung (Zahl der Nachtdienststunden, Wechsel entgegen dem Biorhythmus), Neustrukturierung der Erschwerniszulagen und Erhöhung der maximalen Zulagenbeträge, Gewährung der vollen Zulagen auch an Beamte auf Widerruf, Neustrukturierung und Erhöhung des Zusatzurlaubs von 4 auf maximal 6 Tage pro Jahr, Einführung eines weiteren zusätzlichen Urlaubstags für ältere Beamte und Berücksichtigung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Teilzeitbeschäftigung (§ 2a EZuV).
(03/20/13)

Zusatzversorgung: dbb wertet Votum des Europäischen Parlaments als Etappensieg

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat das Votum des Europäischen Parlaments vom 22. Mai 2013 gegen eine Anwendung von Solvency-II auf Betriebsrenten begrüßt.

„Für die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst ist heute ein guter Tag. Eine übergroße Mehrheit der EU-Abgeordneten hat sich klar dagegen ausgesprochen, schärfere Eigenkapitalvorschriften für Betriebsrenten vorzuschreiben. Das ist ein wichtiger Etappensieg.“ Nun sei die Europäische Kommission aufgefordert, auf den Bericht des Parlaments zu reagieren und ihr Vorhaben zumindest in diesem Punkt zu überdenken.

Der dbb hatte in den vergangenen Monaten intensive Gespräche mit Vertretern der EU-Institutionen geführt und das Thema auch in der CESI auf die Tagesordnung gesetzt. „Wir werden weiter darauf achten, dass es nicht zu einer die deutschen Betriebsrenten – beson-

ders im öffentlichen Dienst – gefährdenden Entwicklung auf EU-Ebene kommt“, sagte Dauderstädt nach der Abstimmung im Europäischen Parlament.

Für die Zusatzversorgung, die so genannte zweite Säule der Alterssicherung, beziehungsweise die Betriebsrenten gebe es in Deutschland ein bewährtes Sicherungsnetz. Es bedürfe keiner zusätzlichen Absicherung, die im deutschen Fall ausschließlich kostensteigernd wirken würde, so Dauderstädt. Hintergrund der Parlamentsabstimmung war die Novellierung der IORP-Richtlinie. Diese regelt die Beaufsichtigung der betrieblichen Altersversorgung und gilt auch für die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. Die EU-Kommission wollte, dass

in die IORP-Richtlinie die avisierte neue Aufsichtsordnung von Versicherungen - Solvency II – übernommen wird. Damit sollen einheitliche europäische Solvabilitäts- und Berichtsregeln für Versicherungen festgelegt werden. Im Kern geht es also um die Frage, ob die Zusatzversorgung auch erfasst werden soll. Zur Sicherung des Finanzsektors sollen die Versicherer verstärkt verpflichtet werden, risikoabhängige Rücklagen zu bilden und mehr Eigenkapital vorzuhalten. Die Kommission befürchtet,

dass Pensionskassen sonst aufgrund des niedrigen Zinsniveaus in Schwierigkeiten geraten können. Die avisierte Lösung ist jedoch problematisch für umlagebasierte Systeme wie die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. Der dbb befürchtet eine Verschlechterung der Bedingungen für die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst beziehungsweise deren faktische Infragestellung durch neue, ungerechtfertigte Auflagen.

(04/20/13)

Nahverkehr Berlin: Einigung für BVG und Berlin Transport erreicht

(dbb) Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben sich dbb und Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin (KAV Berlin) in der Nacht zum 22. Mai 2013 auf einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) und der BVG-Tochter Berlin Transport (BT) geeinigt.

Demnach steigen die Entgelte ab 1. Juli 2013 ein Prozent, ab 1. Januar 2014 um weitere 2,2 Prozent, ab 1. Januar 2015 gibt es eine nochmalige Erhöhung um 1,5 Prozent. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2015.

Bei einzelnen Punkten des Manteltarifvertrags, unter anderem in der Urlaubsfrage und den Konditionen bei Fahrdienstuntauglichkeit, einigten sich die Tarifpartner darauf, diese gesondert zu verhandeln. Insbesondere zum Punkt der Fahrdienstuntauglichkeit besteht aus Sicht des dbb die zwingende Notwendigkeit, eine für die Beschäftigten akzeptable Lösung zu finden. Ziel ist es, eine möglichst geringe Teilarrechnung der Tarifierhöhung auf die Besitzstände zu vereinbaren. Dieser Tarifvertrag soll eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2018 haben.

Eine weitere Einigung konnte zudem über wesentliche Eckpunkte zur Zukunftssicherung erzielt werden: Künftig soll es einen Ergänzungstarifvertrag Zukunftssicherung geben, der ab 2016 bei einem positiven Betriebsergebnis eine lineare Entgelterhöhung von mindestens 2,5 Prozent pro Jahr vorsieht.

Aus Kreisen der dbb-Verhandlungskommission wurde das Verhandlungsergebnis insgesamt als „Kompromiss mit Licht und Schatten“ bewertet. Nach wie vor kritisch sieht der dbb die erhöhte Fremdvergabequote, die die Arbeitgeber im Gegenzug zu einer Verlängerung der Laufzeit der Anwendungsvereinbarungen für BVG und BT durchsetzen.

(05/20/13)

Kothe und von Notz: Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern

(dbb) Zu einem politischen Austausch hat sich dbb jugend-Chefin Sandra Kothe am 16. Mai 2013 in Berlin mit Konstantin von Notz, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Mitglied des Bundestagsinnenausschusses, getroffen. Schwerpunkte des Gesprächs waren der demografische Wandel und die Konsequenzen dieser Entwicklung für den öffentlichen Dienst.

Einig waren sich die Gesprächspartner darin, dass der öffentliche Dienst seine Attraktivität als Arbeitgeber dringend steigern müsse, um auch in Zukunft gut qualifizierten und motivierten Berufsnachwuchs für sich gewinnen zu können. Von Notz sieht in der Stärkung von

„Soft Values“ – also etwa der Schaffung von flachen Hierarchien und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – eine wirksame Strategie. Der Grünenpolitiker kritisierte indes die Demografiestrategie und den Demografiepfad der Bundesregierung, weil

davon ausgegangen werden könne, dass hieraus keinerlei konkrete Maßnahmen folgen würden.

Die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe wies darauf hin, dass es für die Personalplanung im öffentlichen Dienst unbedingt eine verlässliche Datenbasis der aktuellen Personalstruktur und für die kommenden zehn Jahre geben müsse. „Die prognostizierten Altersabgänge – rund 700.000 im nächsten Jahrzehnt – berücksichti-

gen noch nicht einmal andere Ausfälle von Personal, beispielsweise wegen Krankheit oder dem Wechsel in andere Branchen. Auch hier brauchen wir aber dringend personelle Puffer“, so Kothe. Von Notz kündigte an, in der nächsten Legislaturperiode ein „progressives Beamtenpapier“ mit Forderungen zum öffentlichen Dienst erarbeiten zu wollen und lud die dbb jugend ausdrücklich zur Mitwirkung daran ein. (06/20/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Landesgewerkschaftstag des dbb hamburg bestätigt Rudolf Klüver im Amt

(dbb) Rudolf Klüver bleibt für die nächsten fünf Jahre Landesvorsitzender des dbb hamburg. Auf dem 29. ordentlichen Landesgewerkschaftstag des dbb hamburg beamtenbund und tarifunion am 16./ 17. Mai 2013 wurde Klüver mit 97,3 Prozent der Delegiertenstimmen erneut in dieses Amt gewählt.

Klüver, der seit Mai 2005 den Vorsitz innehat, wertete das Wahlergebnis als großen Vertrauensbeweis und „hervorragende Basis für die zukünftige gewerkschaftspolitische Arbeit des dbb hamburg“. Als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt wurden Michael Adomat, Thomas Treff und Thomas Jungfer.

Im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung mit zahlreichen Gästen aus der Landes- und Bundespolitik wies Klüver darauf hin, dass die demografische Entwicklung auch auf den öffentlichen Dienst durchschlage und forderte einmal mehr eine eingehende Aufgabenkritik. Schon jetzt führten die beschränkten Ressourcen dazu, dass wirtschaftliches Herangehen das rechtsstaatliche Handeln der Verwaltung in Frage stellt. Hinzu komme eine fatale Überschätzung der Rationalisierungsmöglichkeiten durch Informationstechnologien.

Mit Blick auf das diesjährige Motto des Gewerkschaftstages: „Personal 2020...wir sind dann mal weg...“ sagte Klüver: „Ein erfahrener Mitarbeiterstamm ist Kapital und kein Kostenfaktor. Nachwuchs muss gewonnen, die Versorgung muss finanziert werden. Der Generationswandel in der Hamburger Verwaltung wird sich weiter beschleunigen. Bis 2020 wird jeder Fünfte, in wichtigen Planungsbereichen wie bei Lehrkräften, in sozialen und technischen Berufen wird mehr als jeder Vierte ausscheiden. Es gilt, vorhandenes Personal möglichst wirkungsvoll einzusetzen. Statt durch ein Gesetz zur Förderung der Mobilität zwischen öffentlichem Dienst und der Privatwirtschaft den Eindruck zu erwecken, man sei über jeden Beschäftigten froh, der die Verwaltung verlässt, sollte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Wertschätzung vermittelt werden.“ (07/20/13)

dbb rheinland-pfalz strikt gegen weitere Einschnitte

(dbb) Mit deutlicher Ablehnung hat die Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz, am 17. Mai 2013 auf Forderungen nach noch mehr Sparmaßnahmen auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes reagiert, die im Zusammenhang mit einem weiteren Sparprogramm der Landesregierung laut wurden.

„Weit über 60 Einschnitte müssen die Beamten, Versorgungsempfänger und Arbeitnehmer im öffentlichen Landes- und Kommunaldienst

seit 1997 aktuell schon schultern. So kann und darf es nicht weitergehen, wenn wir einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst behalten

wollen, für den sich auch qualifizierter Nachwuchs finden lässt. Es muss endlich Schluss sein mit dem Kaputtsparen. Das Personal im öffentlichen Dienst hat das Haushaltsloch nicht zu verantworten, soll aber ständig und immer weiter dafür gerade stehen, obwohl es schon über Gebühr Beiträge zur Haushaltssanierung geleistet hat. Dabei ist noch nicht einmal geklärt, ob die ärgerlichsten Spardiktate überhaupt verfassungsgemäß sind“, sagte Lenz und verwies auf die angelaufenen dbb-Musterprozesse gegen die „Fünf-mal-ein-Prozent“-Deckelung von Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst von 2012 bis 2016.

Der dbb rheinland-pfalz, so kündigte die Landesvorsitzende an, werde Regierung und Politik genau auf die Finger schauen und Fehlentwicklungen zu Lasten des öffentlichen Dienstes zusammen mit seinen 44 Mitgliedsorganisationen bekämpfen.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer hatte deutlich gemacht, dass Rot-Grün weitere 1,2 Milliarden Euro bis 2020 einsparen müsse, um die Vorgaben der sogenannten Schuldenbremse einhalten zu können. (08/20/13)

BBW im Gespräch mit CDU-Landtagsfraktion zur Anpassung der Beamtgehälter

(dbb) Der Vorsitzende des BBW – Beamtenbund Tarifunion Volker Stich hat am 14. Mai 2013 im Rahmen eines Gedankenaustauschs mit der CDU-Landtagsfraktion aktuelle Bildungsfragen und den umstrittenen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Anpassung von Besoldung und Versorgung thematisiert. Das Gespräch war auf Initiative Stichts, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, zustande gekommen. Ein entsprechendes Gesprächsangebot, das Stich der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits vor Jahresfrist gemacht hatte, war ohne Resonanz geblieben.

Der BBW und die unter seinem Dach vereinten Lehrerverbände beobachten die grün-rote Schul- und Bildungspolitik mit Sorge. Bei der CDU traf Stich auf Gleichgesinnte. Die Fraktion lehnt die bevorzugte Förderung der Gemeinschaftsschule auf Kosten aller anderen Schularten und die grün-roten Reformabsichten bei der Lehrerausbildung ebenso ab wie der BBW und seine Lehrerverbände. Daneben ging es auch um die umstrittene Parallelführung von G8 und G9, vor allem aber um die bestehenden Regelungen zu Anrechnungsstunden und zur Altersermäßigung der Lehrer sowie deren Pensionierungszeitpunkt, die von Grün-Rot derzeit in Frage gestellt werden. In der Debatte zum Gesetzentwurf zur Anpassung von Besoldung und Versorgung unter-

stützten die CDU-Abgeordneten die Forderung des BBW, das Tarifergebnis zeit- und inhalts-gleich auf den Beamtenbereich zu übertragen. Nicht nur in Baden-Württemberg liegen Beamte und Versorgungsempfänger mit ihrer Landesregierung im Clinch, weil fast alle Bundesländer mit dem Hinweis auf die Schuldenbremse im Personalbereich die Sparschraube ansetzen. Für den BBW ist diese Entwicklung Anlass, über alternative Bezugsgrößen zur Beamtentalimentation und zur Versorgung der Ruhestandsbeamten nachzudenken. Es gehe darum, trotz Zwang zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Teilhabe der Beamtenschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu sichern. (09/20/13)

DSTG-Chef fordert hartes Vorgehen gegen Steuersünder

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, hat ein hartes Vorgehen gegen Steuersünder gefordert. Bislang halte vor allem Großbritannien einen Schutzmantel über Steueroasen in seinen Überseegebieten, kritisierte Eigenthaler am 21. Mai 2013 im Gespräch mit Deutschlandradio Kultur. Es müsse aber zumindest in der EU einheitliche Standards geben.

„Wir haben derzeit einen Flickenteppich in Europa“, so Eigenthaler. „Einige Staaten beteiligen sich am Informationsaustausch. Dann gibt es Staaten, die weiter anonym sind, die aber eine Quellensteuer erheben, wie etwa die Schweiz. Und dann gibt es Staaten, die sich überhaupt nicht beteiligen.“ Dazu gehöre neben Liechtenstein und Monaco „alles, was in

Übersee ist“. Hier müsse dringend nachgearbeitet werden, um mindestens in der EU – auch mit britischer Beteiligung – zu einheitlichen Standards zu kommen. „Also insbesondere Großbritannien muss in der EU wieder auf Linie gebracht werden“, forderte Eigenthaler. (10/20/13)

VBB sieht „katastrophale Stimmung“ in der Bundeswehr

(dbb) Eine katastrophale Stimmung in der Bundeswehr hat der VBB (Verband der Beamten der Bundeswehr) konstatiert. „Ich habe in meinen fast 40 Jahren bei der Bundeswehr noch nie eine derart schlechte Stimmung bei der Bundeswehr erlebt“, stellte der VBB-Bundesvorsitzende, Wolfram Kamm, anlässlich der Debatte am 16. Mai 2013 im Deutschen Bundestag zum Stand der Bundeswehrreform fest.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière „will mit dieser Reform zu viel, die Umsetzung erfolgt zu schnell und ihr fehlt vor allem die Akzeptanz bei den zivilen Beschäftigten in der Bundeswehr“, so Kamm weiter. „Bei der vom Minister so bezeichneten Operation am offenen Herzen droht der Patient zu kollabieren. An die 2.500 zivile Beschäftigte sollen gegen ihren Willen zu anderen Ministerien abgeschoben werden, freiwilligen Wechselwünschen wird die Zustimmung versagt, neu eingerichtete Verwaltungsbehörden sind nur in geringen Teilen arbeitsfähig.“

Zudem fühlten sich die Beschäftigten der Bundeswehr und ihrer Verwaltung nicht ausreichend informiert und ihnen fehle das Verständnis für die Notwendigkeit und die Eilbedürftigkeit dieser Mammutreform. Wenn jetzt mit eigens ausgewähltem und geschultem Personal die Angehörigen der Bundeswehr auf die Reform eingeschworen werden sollen, sei dies „mehr als ein Alarmzeichen für den inneren Zustand“ der Truppe. „Bereits jetzt ist ein Innehalten und Überprüfen der Bundeswehrreform dringend geboten“, zeigte sich Kamm überzeugt. (11/20/13)

VAB: Reform wird die Bundeswehr nachhaltig beschädigen

(dbb) Auf Negativentwicklungen in der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform hat der VAB (Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr) hingewiesen. Der VAB-Bundesvorsitzende, Herbert Schug, sagte nach der Bundestagsdebatte zum Stand der Reform am 16. Mai 2013: „Die Reform des Verteidigungsministers Thomas de Maizière beschädigt die Bundeswehr und deren Personalkörper in gravierendem Ausmaß.“

Kritikwürdig seien arbeitsorganisatorische Defizite und große und ungeplante finanzielle Mehrausgaben, so Schug weiter. „Insbesondere sind die menschlichen und sozialen Folgen für Soldaten und eine hohe Zahl von zivilen Mitarbeitern viel schlimmer als befürchtet. Der ohnehin überalterte Personalkörper der Bundeswehr wird in dieser 6. Reform inakzeptablen Belastungen ausgesetzt.“ Die „mit eisiger Konsequenz durchgezogene Umstrukturierung“ hinterlasse tiefe Wunden beim Personal. Ein

sozialverträglicher Umgang mit den Beschäftigten finde oftmals nicht statt.

Schug sieht Identifikation mit und Loyalität der Beschäftigten zu ihrer Bundeswehr in Gefahr. „Die ‚innere Kündigung‘ ist inzwischen der Regelfall“, stellte der VAB-Vorsitzende fest. „Immer größere Entfernungen zur Arbeitsstelle, wiederholte Umzüge und Einarbeitungen in immer wieder neue Arbeitsstrukturen und Arbeitsumfelder, verbunden mit oftmals nicht mehr nachvollziehbaren Konsequenzen für

Entgelt und Eingruppierung, sind in ihrer Häufigkeit für viele Beschäftigte nicht mehr zu bewältigen. Dauerhafte Frustration und ge-

sundheitliche Beeinträchtigungen sind die Folge", warnte Schug.
(12/20/13)

Bundeswehrreform und Zoll: BDZ nennt de Maizière „unzuverlässigen Partner"

(dbb) Nach der Regierungserklärung zum Stand der Bundeswehrreform hat der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft dem Bundesverteidigungsministerium mit Blick auf die Bereitstellung von Zivilpersonal zur Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer durch den Zoll schwerwiegende Mängel attestiert. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière erweise sich gegenüber Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der das Personal dringend benötige, als „unzuverlässiger Partner", sagte BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich am 17. Mai 2013.

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hatte Schäuble verpflichtet, 1.771 Beschäftigte ausschließlich aus Überhangbereichen zu gewinnen. In erster Linie sollte das Personal im Zuge der Bundeswehrreform aus dem Verteidigungsressort rekrutiert werden. Dieser verbindliche Beschluss musste nachträglich revidiert werden. Die entstehenden Lücken werden nun im Rahmen befristeter Beschäftigungsverhältnisse mit Personal des Postnachfolgeunternehmens Vivento geschlossen, da das Verteidigungsministerium bisher für lediglich 641 Beschäftigte eine Freigabe erteilt hat.

Schäuble gerät deshalb beim Aufbau der Verwaltungsstruktur beim Zoll zur Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer in eine heikle Situation, denn die vollständige Funktionsfähigkeit zum 1. Juli 2014 mit den zuvor notwendigen Schulungen im Steuerrecht ist akut gefährdet. Leprich befürchtet auch Belastungen für den Steuerzahler, da das Vivento-Personal, das erst ausgebildet werden muss, nach zwei Jahren durch Bundeswehrpersonal, das dann ebenfalls erst geschult werden muss, ausgetauscht werden soll. „Das kann so nicht laufen", erklärte Leprich.
(13/20/13)

DPoIG unterstützt Vorschlag zu Herabsetzung der Promillegrenze für Radfahrer

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) unterstützt den Vorschlag der Innenminister, den derzeit gültigen Alkoholgrenzwert für die sogenannte „absolute Fahruntüchtigkeit" bei Radfahrern von 1,6 Promille auf einen deutlich niedrigeren Wert zu reduzieren.

Der 1. Stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende Hermann Benker sagte dazu: „Es ist nicht nachvollziehbar, wie dieser Grenzwert jemals so hoch festgelegt werden konnte - bei Alkoholwerten bis 1,59 Promille kann niemand sein Fahrrad sicher führen. Zukünftig sollte hinsichtlich der ‚absoluten Fahruntüchtigkeit' für Radfahrer mindestens die gleiche Grenze gelten, wie sie schon heute für

Autofahrer verbindlich ist, nämlich 1,1 Promille."

Der Polizei sei durch Auswertung der Verkehrsunfälle schon lange bekannt, dass Fahrradfahrer überproportional häufig an alkoholbedingten Verkehrsunfällen beteiligt sind. Darüber hinaus sei die Dunkelziffer verletzter Radfahrer sehr hoch.
(14/20/13)

BSBD fordert begrenzte Polizeiaufgaben für Justizvollzugsbeamte

(dbb) Pläne, Schusswaffen im Strafvollzug von Rheinland-Pfalz aus Ersparnisgründen abzuschaffen, sind beim Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) auf Widerspruch gestoßen.

„Seit geraumer Zeit müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass eine breit gefächerte Schießausbildung und regelmäßige Schießübungen allein aus Fiskalgründen in einigen Bundesländern bereits sträflich reduziert werden“, stellte der BSBD-Bundesvorsitzende Anton Bachl am 20. Mai 2013 dazu fest. „Wir sollten uns nicht davon täuschen lassen, dass Schusswaffen im Strafvollzug Gott sei Dank eher selten eingesetzt werden. Daraus jedoch zu schließen, dass die Ausbildung und regelmäßige Schießübungen für alle uniformierten Bediensteten im Justizvollzug reduziert oder gänzlich abgeschafft werden können, ist eine fatale Fehleinschätzung der realen Lage.“ Häufig sei schon die Androhung und das Wissen um die Möglichkeit des Schusswaffengebrauchs Abschreckung genug. Darüber hinaus gebe dies dem

Personal Handlungssicherheit im Umgang mit zum Teil extrem gefährlichen Gefangenen. Der BSBD-Bundesvorsitzende verwies auf Ausführungen etwa zu besonderen Familienfeiern oder Beerdigungen, bei denen das Risiko von Befreiungsversuchen bestehe. „Die beste vorherige Prüfung kann das nicht ausschließen. Hier wirkt eine sichtbar getragene Waffe Wunder, wie die Erfahrungen zeigen“, sagte Bachl. Das elementarste Grundrecht auf Bürgersicherheit dürfe nicht durch blindwütige Sparwut gefährdet werden. Statt auf umfangreiche Amtshilfe der Polizei zu spekulieren, sollten Ausbildungspläne und Befugnisse so geändert werden, dass die Beamten im Justizvollzug mit ähnlichen aufgabenspezifischen Polizeibefugnissen ausgestattet werden wie beispielsweise ihre Kolleginnen und Kollegen in Italien. (15/20/13)

Tarifabschluss bei der Deutschen Postbank AG erzielt

(dbb) Die Tarifgemeinschaft DBV/komba/DPVKOM hat am 17. Mai 2013 einen Tarifabschluss für die Arbeitnehmer und Auszubildenden der Deutschen Postbank AG erzielt.

Dieser beinhaltet unter anderem: Steigerung der Entgelte um 3 Prozent, mindestens jedoch um monatlich 75 Euro ab dem 1. Juli 2013. Die beurlaubten Beamten erhalten dann monatlich mindestens 64,50 Euro mehr. Erhöhung der Basisbeträge des variablen Entgelts um ebenfalls 3 Prozent ab dem 1. Juli 2013. Auch die Ausbildungsvergütungen werden ab 1. Juli 2013 angehoben. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2014.

Das Tarifergebnis wird zeit- und inhaltsgleich auf die Arbeitnehmer der BCB AG, der PB Firmenkunden AG, der Postbank Direkt GmbH und die Postbank Service GmbH übertragen, wurde weiter mitgeteilt. Nach Auffassung der Tarifgemeinschaft konnte mit diesem Tarifergebnis ein „akzeptabler Tarifkompromiss“ gefunden werden. (16/20/13)

DPhV-Chef Meidinger: Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium problemlos machbar

(dbb) Eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G 9) ist nach Auffassung von Heinz-Peter Meidinger „wichtig und problemlos machbar“. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) sagte der „Bild“-Zeitung (Ausgabe vom 21. Mai 2013) auf die Frage, was falsch sei am sogenannten Turbo-Abi: „Der vollgestopfte Lehrplan und das enge Zeitkorsett. In den Kernfächern wie Mathematik fehlt die Zeit für vertiefende Übungsphasen. So kann Unterricht nicht effektiv sein.“ Deshalb fordere der DPhV die sofortige Rückkehr zu G 9.

Diese Rückkehr wäre nicht so aufwändig wie einst die Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G 8), fügte Meidinger hinzu. „Neue Lehrpläne werden nicht benötigt, der G 8-Unterrichtsstoff kann zeitlich gestreckt werden.

Die Sorge, dass Chaos entsteht, wenn eine Schule G 8- und G 9-Klassen parallel anbietet, hat sich nicht bewahrheitet.“ So würden in Hessen von manchen Gymnasien schon beide Wege zum Abitur angeboten.

Lehrpläne für G 8 zu entschlacken, wie von manchen Politikern vorgeschlagen, sei keine Lösung, so der DPhV-Chef. „In Fächern wie Mathematik oder Fremdsprachen kann man

kaum Abstriche machen, will man die Studierfähigkeit nicht gefährden. Schon jetzt klagen die Universitäten über fachliche Defizite bei G 8-Abiturienten.“
(17/20/13)

BDF: Nutzung des Waldes und Naturschutz schließen sich nicht aus

(dbb) Zum Internationalen Tag der biologischen Vielfalt (22. Mai 2013) hat der Bund Deutscher Forstleute (BDF) für das „einzigartige Ökosystem Wald“ geworben. Der Wald sei ein gutes Beispiel dafür, dass sich Ressourcennutzung und Naturschutz nicht ausschließen, stellte der BDF fest.

Seit 2000 wird der 22. Mai alljährlich als Internationaler Tag der biologischen Vielfalt gefeiert. Der Tag erinnert an den 22. Mai 1992, an dem in Nairobi Einigkeit über den Text des UN-Übereinkommens über biologische Vielfalt erzielt wurde. „Forstleute haben eine enorme Verantwortung. Wir nutzen und schützen die Wälder gleichermaßen“, sagte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. „Dabei ist die moderne deutsche Forstwirtschaft mittlerweile

ein weltweiter Exportschlager. Wir integrieren die Nutzung des Rohstoffes Holz, den Naturschutz und viele weitere Anforderungen an Wälder. Dies funktioniert jedoch nur, solange dieses integrative Prinzip Konsens ist und keine Partikularinteressen einseitig durchgesetzt werden – sei von Schutz- oder Nutzseite“, so Jacobs.
(18/20/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) In die bislang verfahrenere Situation zur Beamtenbesoldung in Schleswig-Holstein ist nach Einschätzung des dbb Landesbundes Bewegung gekommen: Offenbar nehme das Land nun Abstand von der im Gesetzentwurf vom 20. März 2013 vorgesehenen Geltungsdauer bis 2018 und plane eine Überarbeitung. Dazu sagte die Landesvorsitzende des dbb schleswig-holstein, **Anke Schwitzer**, am 14. Mai 2013: „Jede Bewegung in Richtung unserer Forderung wird positiv aufgenommen. Festzuhalten ist aber, dass eine Bewegung noch lange kein wirklich großer Schritt ist. Und so bleibt der Gesetzentwurf auch in der veränderten Form hinter unserer Forderung nach einer Eins-zu-eins-Übertragung des Potsdamer Tarifergebnisses zurück.“

Mehr als 1.000 Beamtinnen und Beamte haben am 16. Mai 2013 in Bremen gegen das Besoldungsanpassungsgesetz demonstriert, das eine gegenüber dem Tarifabschluss verzögerte beziehungsweise geringere Anpassung der Beamtenbezüge beziehungsweise eine Nullrunde vorsieht. „Wieder einmal wird die Loyalität, die die Beamtinnen und Beamten ihrem Arbeitgeber gegenüber zeigen, in unverschäm-

ter Weise missbraucht“, stellte der **dbb bremen** dazu fest. Mit den Stimmen der Regierungskoalition SPD/Grüne wurde das Gesetz in erster Lesung beschlossen. Die zweite Lesung wird Mitte Juni 2013 sein. Der dbb bremen appellierte an seine Mitglieder, den Druck auf die Politik deshalb weiter zu erhöhen.

Für eine Erhöhung der Sicherheitskompetenz als Querschnittsaufgabe des öffentlichen Dienstes haben sich die Delegierten des 22. Landesgewerkschaftstages des **dbb berlin** am 15. Mai 2013 in einer Entschließung auf Vorschlag der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) Berlin ausgesprochen. In den wenigsten Verwaltungen finde sich - mit Ausnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsbeauftragten, die sich um Arbeitsschutzaspekte kümmern - sicherheitsspezifische Kompetenz für den Selbstschutz der Mitarbeiter bei Bedrohungen, Angriffen und in sonstigen Konfliktsituationen, heißt es zur Begründung. Auch Konzepte für Handlungsoptionen in kritischen Situationen, bei der Arbeitsplatzgestaltung oder der Gebäudesicherung fehlten weitgehend. Der dbb berlin listet acht Punkte auf, die zur Verbesserung der Situation beitragen sollen. Die

Gremien des dbb Landesbundes werden sich regelmäßig mit der Umsetzung der Entscheidung befassen und darüber berichten.

Der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (**VBOB**) hat die Kritik von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer am Eisenbahnbundesamt (EBA) als unsachlich kritisiert. Mit seiner negativen Bewertung der Arbeitsweise des EBA – Ramsauer hatte gesagt, das EBA könne sich einiges in Sachen Fahrzeugzulassung vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) abgucken – habe der Minister Äpfel mit Birnen verglichen. „Dem Minister als oberster Fachinstanz sollte eigentlich bekannt sein, dass die beiden Prüfverfahren unterschiedlich komplex und nicht vergleichbar sind“, so der VBOB am 16. Mai 2013. Der VBOB erwarte von Ramsauer, dass er im EBA die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, genügend Ressourcen für eine schnellere Bearbeitung zur Verfügung stellt und sich künftig als verantwortungsvoller Ressortchef vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EBA stellt.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) begrüßt den Vorschlag des nordrhein-

westfälischen Innenministers Ralf Jäger, den „24-Stunden-Blitzmarathon“ im Straßenverkehr künftig - nach entsprechender Abstimmung - bundesweit durchzuführen. Der Blitzmarathon, der im vergangenen Jahr in NRW begonnen hatte, inzwischen auch in Niedersachsen und Berlin durchgeführt wurde und nun auch in Bayern realisiert werden soll, sei erfolgreich gewesen und habe zahlreiche Temposünder gebremst. Dazu der 1. Stellvertretende DPoIG Bundesvorsitzende **Hermann Benker**: „Zu hohe Geschwindigkeiten gehören zu den Hauptursachen von Verkehrsunfällen – diese haben oftmals unbeschreibliches Leid zur Folge. Daher werden alle gezielten Verkehrsüberwachungsmaßnahmen, die der Erhöhung der Verkehrssicherheit dienen, von uns unterstützt.“ Nach Erfahrungen der Polizei in NRW haben die Aktionen einen positiven Einfluss auf das Fahrverhalten der Autofahrer. An normalen Kontrolltagen seien bis zu acht Prozent zu schnell gefahren, beim ersten Blitzmarathon fuhren dagegen lediglich vier Prozent und beim zweiten und dritten sogar nur noch drei Prozent der Fahrer zu schnell.
(19/20/13)